



Kölner Statistische Nachrichten 4/2018

Erwerbstätigkeit und wirtschaftliche Lage der Kölner Bevölkerung

Ergebnisse der „Leben in Köln“-Umfrage 2016

Inhalt

1.	Einleitung	3
2.	Ergebnisse der „Leben in Köln“-Umfrage	4
2.1	Erwerbstätigkeit der Kölner Bevölkerung	5
	Atypische Beschäftigungsverhältnisse	7
	Formen atypischer Beschäftigung	9
	Befristung	9
	Nicht-sozialversicherungspflichtige Beschäftigung	11
	Geringfügige Teilzeitbeschäftigung	12
2.2	Wirtschaftliche Lage der Kölner Bevölkerung	15
	Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage	15
	Monatliches Haushalteinkommen	18
	Armutgefährdung	19
	Rücklagen für das Alter	23
3.	Zusammenfassung und Ausblick	27
	„Leben in Köln“-Umfrage 2016 – Methodik	30

1. Einleitung

In den vergangenen zehn Jahren haben die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in Köln um rund 110 000 zugenommen: von 443 500 auf 553 400 Arbeitsplätze. Dies entspricht einem Zuwachs von etwa 25 Prozent. Gleichzeitig hat der Arbeitsmarkt einen Wandel erfahren: Sogenannte „Normal-Arbeitsverhältnisse“ – also unbefristete, Vollzeit-Beschäftigungsverhältnisse – werden weniger, Teilzeit-Tätigkeit, Befristung, Mini-Jobs, fehlende Sozialversicherungspflicht nehmen zu. Dies bedeutet, dass eine Arbeitsstelle immer weniger mit einer ausreichenden materiellen Absicherung gleichzusetzen ist, die den Lebensunterhalt und Rücklagen für das Alter gewährleistet.

Der vorliegende Bericht beschäftigt sich mit der Erwerbstätigkeit der Kölner Bevölkerung und deren wirtschaftlicher Lage. Er ist einer von vier Themenberichten, die überblicksartig über ausgewählte Fragestellungen aus der „Leben in Köln“-Umfrage 2016 berichten. In dieser repräsentativen Umfrage wurde eine Vielzahl von Fragen zu verschiedenen Themenbereichen städtischen Lebens gestellt (zur Methodik der Umfrage siehe Seite 30). Mit ihren Antworten auf diese Fragen stellen die Kölnerinnen und Kölner Politik und Verwaltung eine Vielzahl planungsrelevanter Informationen über ihre Lebensverhältnisse und Einstellungen bereit.

Die Themenberichte zu den Ergebnissen der „Leben in Köln“-Umfrage geben einen Überblick über die Antworten der Befragten und ermöglichen es, thematische Zusammenhänge zwischen den Themen darzustellen. Ein erster Themenbericht behandelte die „Zufriedenheit mit Köln und dem Wohnumfeld“. Der zweite Bericht beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit der „aktiven Bürgerschaft“. Der vierte Bericht wird sich mit dem „Wohnen in Köln“ befassen. Die Themenberichte sind der Auftakt zu einer Serie weiterer Berichte, die das Amt für Stadtentwicklung und Statistik veröffentlichen wird.

2. Ergebnisse der „Leben in Köln“-Umfrage

Erwerbstätigkeit, atypische Beschäftigung, finanzielles Auskommen, Armutsgefährdung, Vorsorge für das Alter – planungsrelevante Informationen über die wirtschaftlichen Lebensverhältnisse der Kölner Bevölkerung können weitgehend nur aus Umfragen gewonnen werden. Die Befragten, die an der „Leben in Köln“-Umfrage teilgenommen haben, haben mehrere Fragen zur ihrer Erwerbstätigkeit beantwortet. Dies ermöglicht Aussagen dazu, wie viele Kölnerinnen und Kölner in sogenannten atypischen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten – und damit aufgrund von Teilzeitarbeit, Befristung oder fehlender Sozialversicherungspflicht stärker armutsgefährdet sind als Menschen, die in einem Normalarbeitsverhältnis angestellt sind.

Die Befragten haben auch freiwillig Auskunft darüber gegeben, wie viel Geld ihr Haushalt monatlich zur Verfügung hat und wie sie damit zurechtkommen. Dies ermöglicht wertvolle Einblicke in die wirtschaftliche Lage der Kölner Bevölkerung insgesamt aber auch einzelner Personengruppen oder Haushaltstypen.

Wer in Köln von Armut bedroht ist, ist eine wichtige Information: Anders als die SGB II-Quoten, die letztendlich nur etwas über den Anteil bekämpfter Armut aussagen, geben die mit Hilfe der Auskünfte der Befragten berechneten Armutsgefährdungsquoten einen realeren Blick auf die soziale Lage in Köln – denn nicht jede/r Armutsgefährdete bezieht staatliche Transferleistungen.

2.1 Erwerbstätigkeit der Kölner Bevölkerung

Sieben von zehn Kölnerinnen und Kölnern ab 18 Jahren sind erwerbstätig

Zum Zeitpunkt der Umfrage Ende 2016 waren 67 Prozent der Erwachsenenbevölkerung bis 80 Jahre erwerbstätig.¹ Bezogen auf die insgesamt rund 856 000 erwachsenen Kölnerinnen und Kölner entspricht dies einer Zahl von etwa 575 000 Erwerbstätigen (siehe hierzu auch Grafik 3 auf Seite 8).

Anteilmäßig gingen mehr Männer (69%) als Frauen (66%) einer Erwerbstätigkeit nach. Deutsche haben mit 69 Prozent eine deutlich höhere Erwerbsquote als Nicht-Deutsche (59%).

Mehr Männer als Frauen sind selbstständig oder freiberuflich tätig

Während etwas weniger Männer (78%) als Frauen (82%) einer abhängigen und somit in der Regel sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung als Angestellte/r oder (Fach-)Arbeiter/in nachgingen, sind Männer (15%) häufiger selbstständig beziehungsweise freiberuflich tätig als Frauen (10%) – dies vor allem in klassischen Handwerksberufen.

Tabelle 1 Erwerbstätigenstruktur nach Geschlecht und Migrationshintergrund (in % der Erwerbstätigen)

Struktur der Erwerbstätigen	Insgesamt	Geschlecht		Migrationshintergrund (MH)		
		Männer	Frauen	Deutsche ohne MH	Deutsche mit MH	Nicht-Deutsche
Angestellte	70	64	77	71	67	64
(Fach-)Arbeiter/innen	10	14	5	7	12	22
Selbstständige/mithelfende Familienangehörige	12	15	10	13	12	11
Beamte/Richter	8	7	8	9	5	3
Erwerbstätige insgesamt	100	100	100	100	100	100

Quelle: Stadt Köln - Amt für Stadtentwicklung und Statistik; „Leben in Köln“-Umfrage 2016

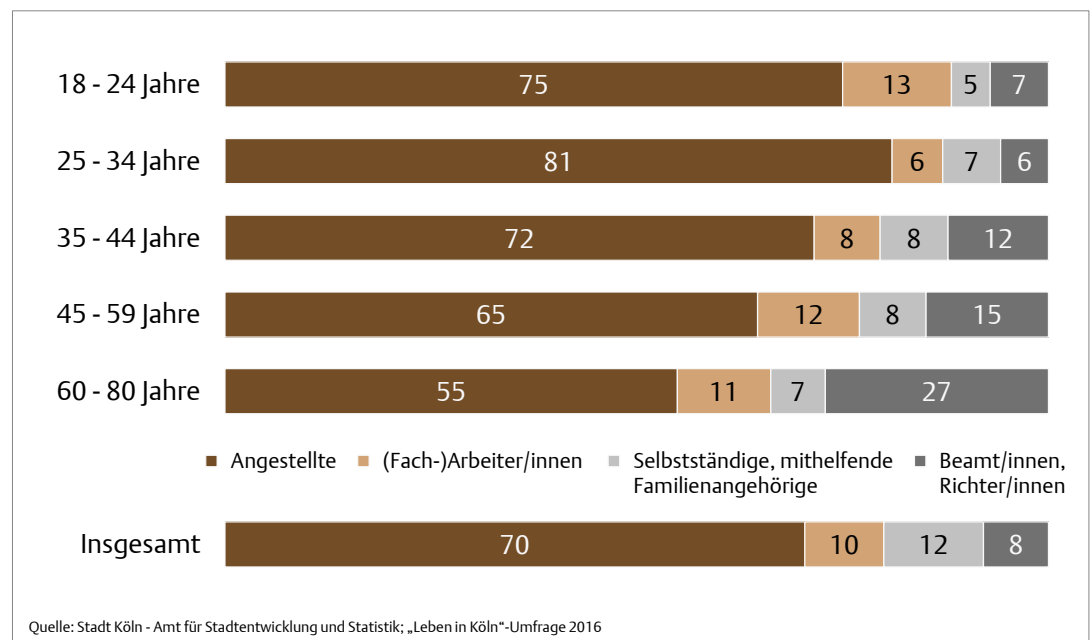
¹ Diese Quote ergibt sich aus der Zahl der Erwerbstätigen bezogen auf die Bevölkerung im Alter von 18 bis 80 Jahren und umfasst auch Erwerbsformen, die über die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hinausgehen (geringfügig Beschäftigte, Selbstständige/-mithelfende Familienangehörige sowie Beamte/Richter).

Zudem gingen mehr Nicht-Deutsche (86%) einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach als Deutsche mit Migrationshintergrund (79%) oder Deutsche ohne Migrationshintergrund (78%).² Bei Letzteren ist der Anteil verbeamteter Beschäftigter mit neun Prozent deutlich überdurchschnittlich – ein Hinweis darauf, dass Beschäftigte mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst nach wie vor unterrepräsentiert sind.

Der Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter ist bei den jüngeren Altersgruppen höher und nimmt mit zunehmendem Alter ab. Während von den 18- bis 44-Jährigen zwischen 80 und 87 Prozent einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgingen – Angestellte und (Fach-)Arbeiter und -Arbeiterinnen zusammengerechnet –, galt dies für deutlich weniger als 80 Prozent der Erwerbstätigen ab 45 Jahren (siehe Grafik 1).

Umgekehrt steigt der Anteil Selbstständiger und mithelfender Familienangehöriger mit zunehmendem Alter an: Lediglich knapp sieben Prozent der unter 35-Jährigen waren zum Befragungszeitpunkt 2016 als mithelfende Familienangehörige tätig – von den 60- bis 65-Jährigen war noch etwa ein Fünftel (19%) in dieser Form erwerbstätig.

Grafik 1 Erwerbstätigenstruktur nach Altersgruppen (in % der Erwerbstätigengruppen)



² Einen Migrationshintergrund zu haben heißt, entweder selbst zugewandert (1. Generation) oder in Deutschland geboren zu sein und mindestens einen Elternteil zu haben, der zugewandert ist (2. Generation). Dieses Merkmal wird vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik seit 2005 für Köln berechnet.

Atypische Beschäftigungsverhältnisse

Seit mehreren Jahren verändern sich die Beschäftigungsformen: Sogenannte „Normalarbeitsverhältnisse“ werden immer weniger, Arbeitsverhältnisse, die nicht dieser Definition entsprechen – sogenannte „atypische“ Beschäftigungsverhältnisse –, gewinnen zunehmend an Bedeutung (zur hier verwendeten Definition siehe nachfolgenden Kasten).

Gründe hierfür sind einerseits im wirtschaftlichen Strukturwandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft zu suchen wie auch in einer Deregulierung des Arbeitsmarktes mit der Ausweitung von Leiharbeit und geringfügiger Beschäftigung. Andererseits lässt auch die steigende Vielfalt von Lebensläufen und -entwürfen, von Familienmodellen und Erwerbsbiographien die Nachfrage nach flexibleren Beschäftigungsverhältnissen steigen. Das Normalarbeitsverhältnis bietet zwar ein Höchstmaß an sozialer Sicherheit für die Beschäftigten, tritt aber zugunsten einer flexibleren Arbeitszeitgestaltung zunehmend in den Hintergrund.

Normalarbeitsverhältnis versus atypische Beschäftigung

Ein Beschäftigungsverhältnis gilt hier als „**Normalarbeitsverhältnis**“, wenn es folgende Kriterien erfüllt:

- dauerhafte Vollzeitbeschäftigung
- unbefristetes Beschäftigungsverhältnis
- regelmäßige (monatliche) existenzsichernde Tätigkeitsvergütung.

Hiermit verbunden ist die vollständige Integration in die sozialen Sicherungssysteme (so vor allem Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung).

Methodisch davon abgrenzen lassen sich die als „**atypisch**“ benannten Beschäftigungsverhältnisse, die in einem oder mehreren Punkten von einem „Normalarbeitsverhältnis“ abweichen. Dies sind Beschäftigungsverhältnisse in Form von

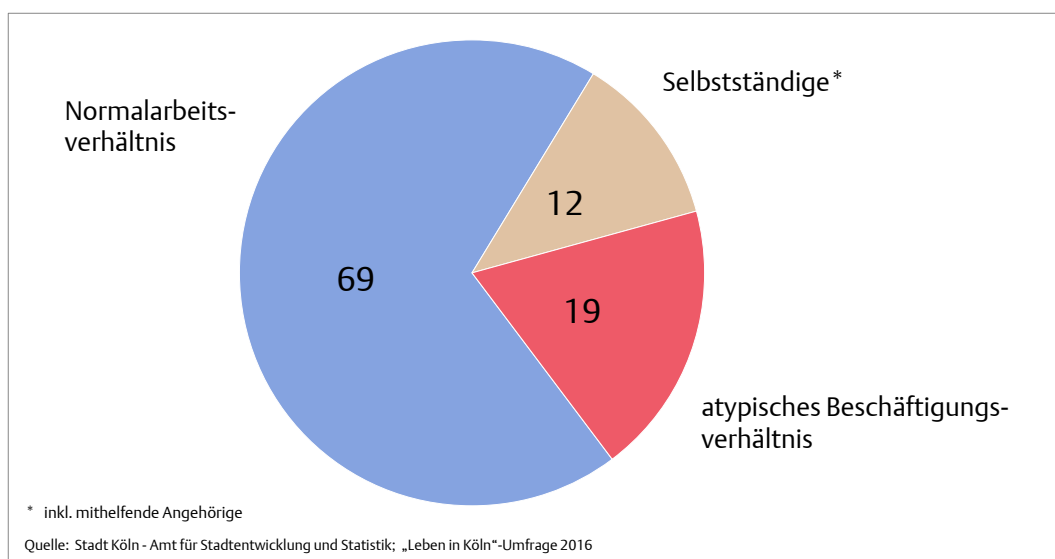
- Teilzeitarbeit bis zu 20 Wochenstunden,
- nicht sozialversicherungspflichtige Beschäftigung,
- befristeter Beschäftigung.

Rund ein Fünftel der Kölner Erwerbstätigen ist atypisch beschäftigt

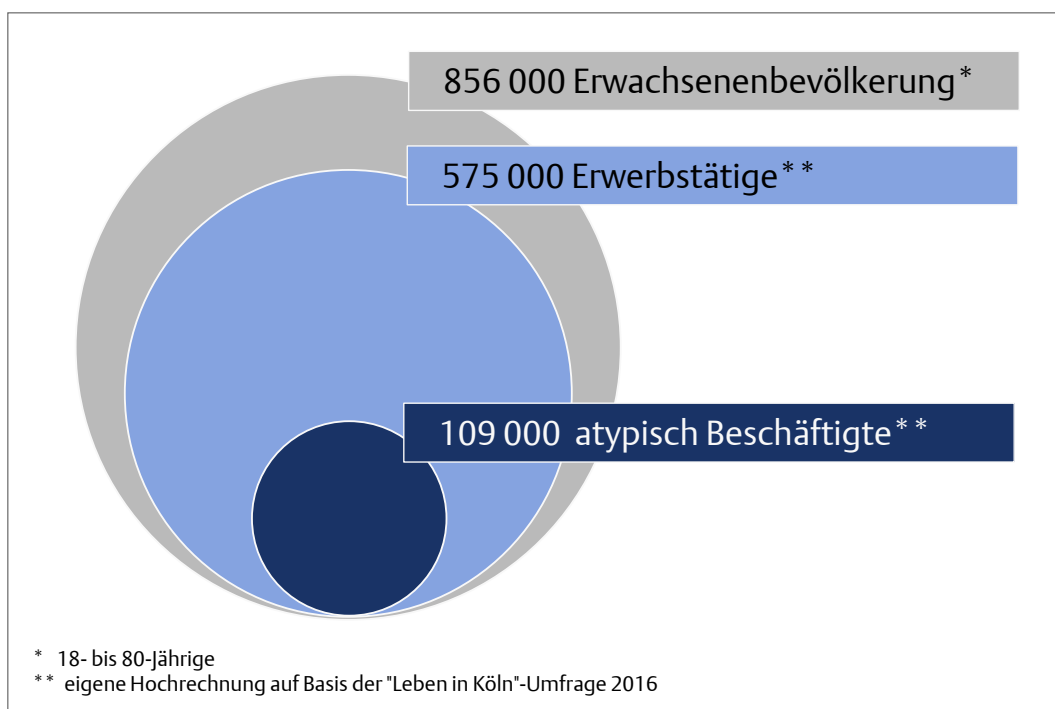
In Köln arbeiten knapp 70 Prozent der Erwerbstätigen in einem Normalarbeitsverhältnis. Jede/r zehnte Erwerbstätige (12%) ist selbstständig tätig oder als mithelfender Angehöriger. 19 Prozent arbeiten hingegen in einem atypischen Beschäftigungsverhältnis (siehe Grafik 2).

Hochgerechnet auf die rund 575 000 in Köln lebenden Erwerbstätigen ergibt dies eine Zahl von rund 109 000 atypisch Beschäftigten (siehe Grafik 3).

Grafik 2 Art des Arbeitsverhältnisses (in % der Erwerbstätigen)



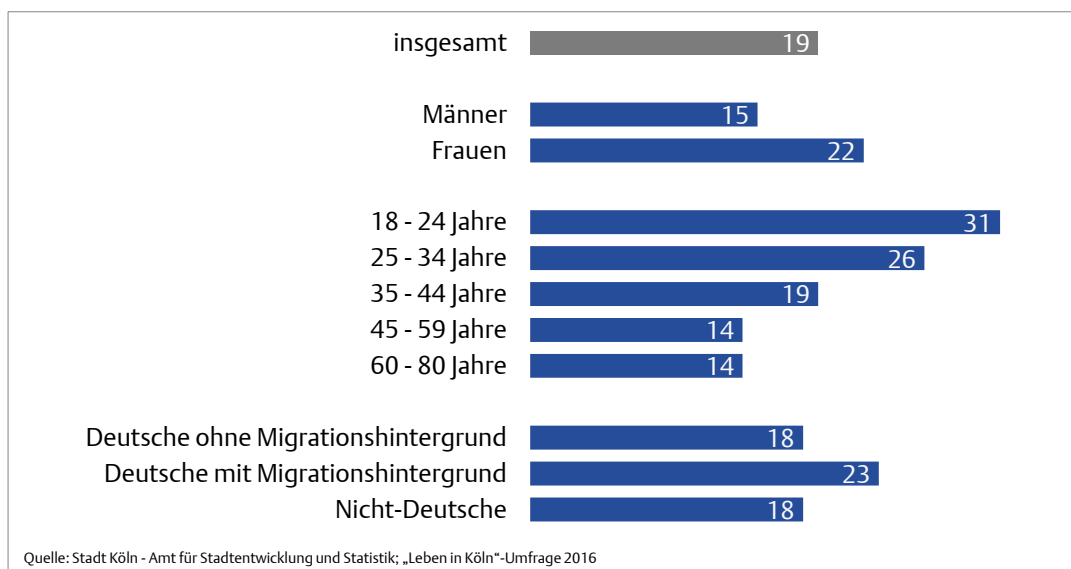
Grafik 3 Erwerbstätige insgesamt und atypisch Beschäftigte in der Kölner Erwachsenenbevölkerung (Hochrechnung)



Frauen, junge sowie ausländische Erwerbstätige sind überdurchschnittlich häufig atypisch beschäftigt

Frauen (22%) und junge Erwerbstätige – vor allem jene unter 25 Jahren (31%) – befinden sich besonders häufig in atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Auch Deutsche mit Migrationshintergrund (23%) sind überdurchschnittlich häufig in atypischen Beschäftigungsverhältnissen zu finden.

Grafik 4 Anteile atypisch Beschäftigter in verschiedenen Bevölkerungsgruppen (in % der Erwerbstätigengruppen)



Formen atypischer Beschäftigung

Befristung

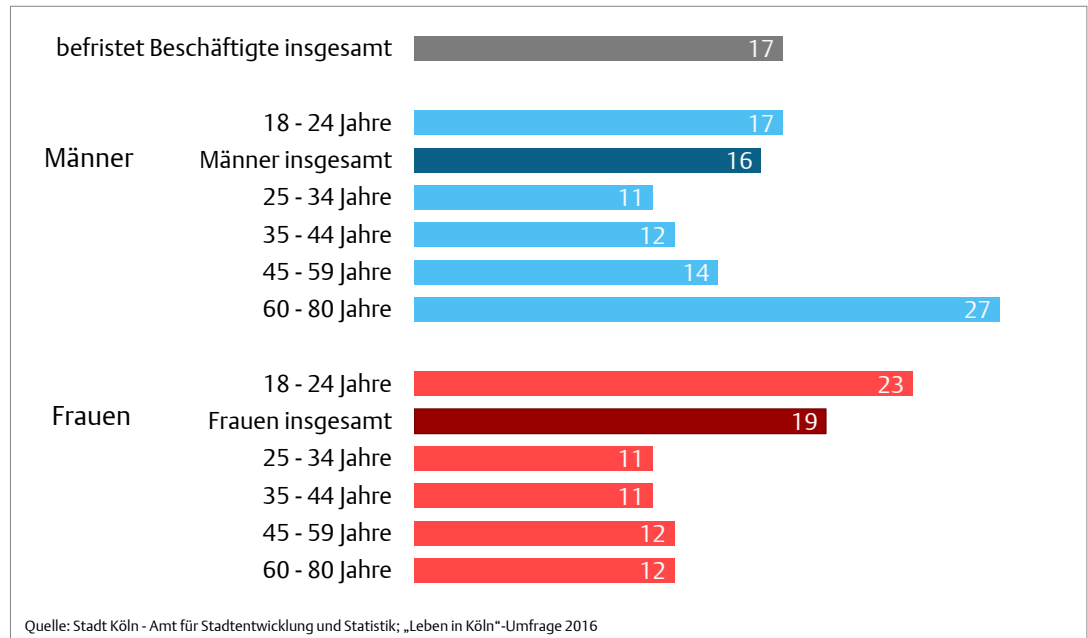
Einstieg in das Berufsleben erfolgt über befristete Arbeitsverhältnisse

Bei einer **Befristung** endet ein Arbeitsvertrag zu einem festgelegten Zeitpunkt, ohne dass die üblichen Kündigungsschutzregelungen gelten. Knapp ein Fünftel (17%) der abhängig Beschäftigten in Köln sind befristet eingestellt. Zwischen Männern und Frauen gibt es hier nur geringfügige Unterschiede (siehe Grafik 5).

Bei den Frauen ist der Anteil befristet Beschäftigter bei den 18- bis 24-Jährigen mit 23 Prozent besonders hoch, aber auch 17 Prozent der Männer dieser jüngsten Altersgruppe sind von Befristung betroffen.

Bereits in der darauffolgenden Altersgruppe der 25- bis 34-jährigen liegt der Anteil mit jeweils 11 Prozent deutlich darunter – ein Indiz dafür, dass der Einstieg in das Berufsleben mehrheitlich über befristete Arbeitsverhältnisse erfolgt.

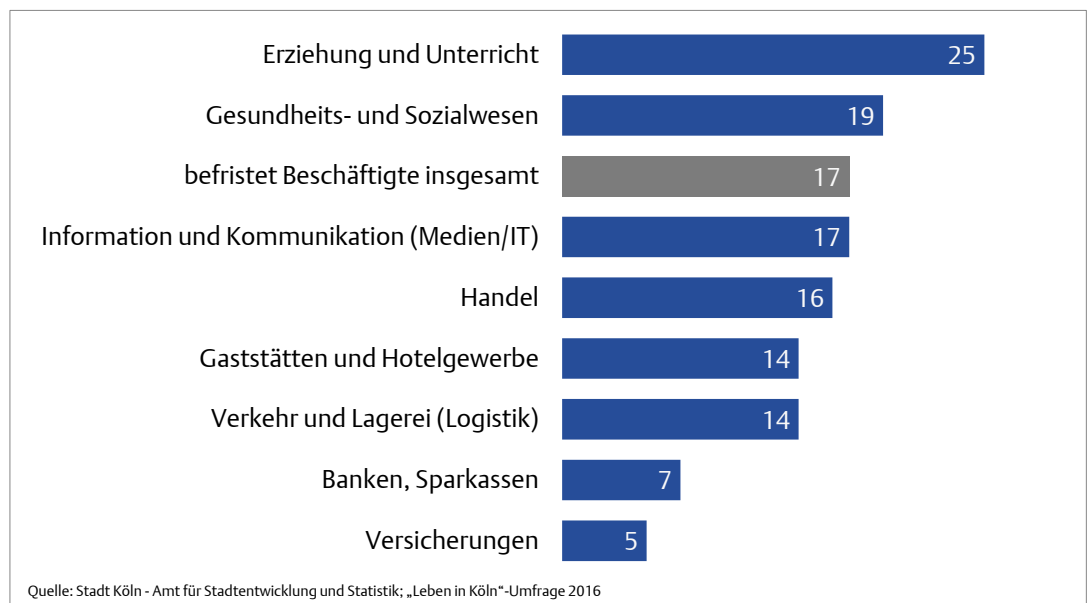
Grafik 5 Befristet Beschäftigte nach Geschlecht und Alter
(in % der Erwerbstätigengruppen)



Befristung im Bildungsbereich besonders häufig

Jede/r vierte Beschäftigte (25%) im Bereich „Erziehung und Unterricht“ hat ein befristetes Beschäftigungsverhältnis. Damit liegt dieser Bereich deutlich über dem Durchschnitt von 17 Prozent befristeter Beschäftigungsverhältnisse. Aber auch im „Gesundheits- und Sozialwesen“ sind etwa ein Fünftel (19%) der Beschäftigten befristet angestellt.

Grafik 6 Befristet Beschäftigte in ausgewählten Branchen
(in % der Erwerbstätigengruppen)



Nicht-sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

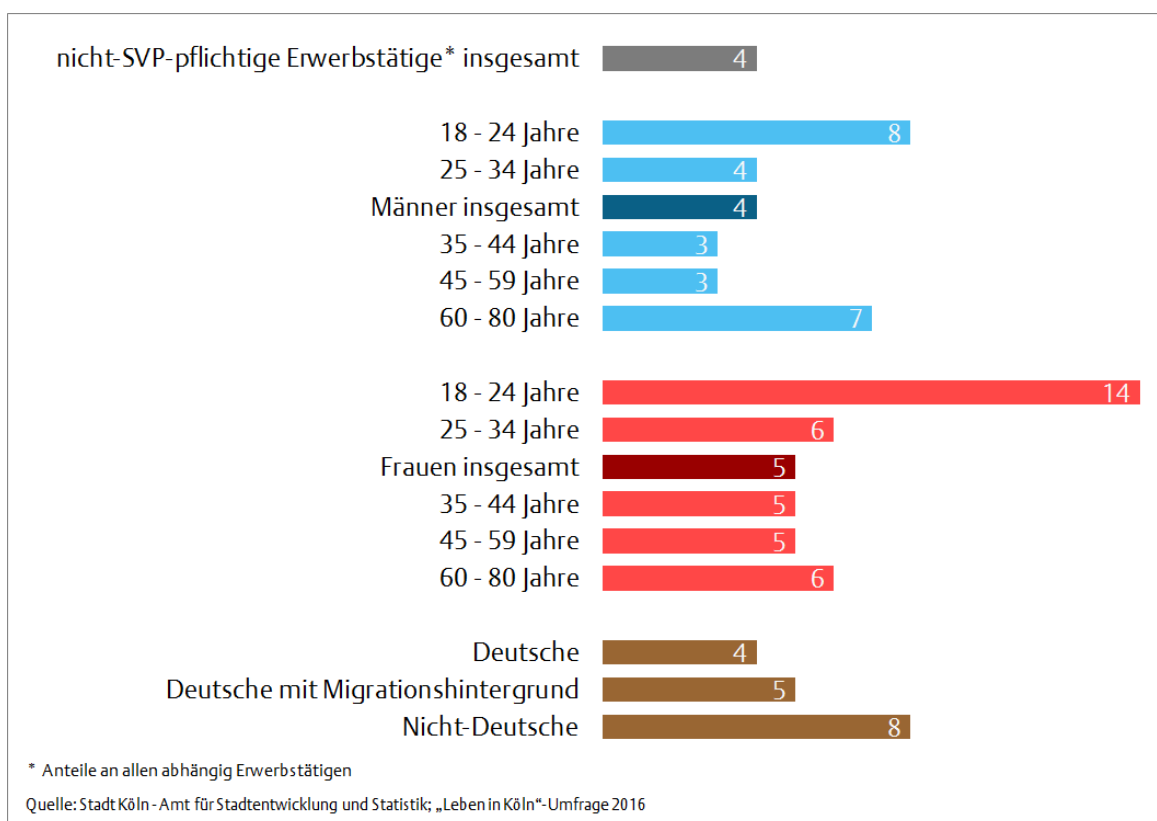
Fehlende Sozialversicherung vor allem bei jüngeren Erwerbstätigen

Vier Prozent der abhängig Erwerbstätigen (Angestellte oder (Fach)Arbeiter/-Arbeiterinnen) gehen in Köln einer nicht sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Männer und Frauen unterscheiden sich hier nur wenig.

Die Ausnahme bilden junge Erwerbstätige unter 25 Jahren: Vor allem junge Frauen (14%) starten über nicht-sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in das Arbeitsleben. Dennoch ist auch bei den jungen Männern dieser Anteil mit acht Prozent überdurchschnittlich hoch.

Erwerbstätige mit Migrationshintergrund haben ein deutlich höheres Risiko, nicht sozialversicherungspflichtig angestellt zu sein. Der Anteil ist bei Erwerbstätigen ausländischer Nationalität mit acht Prozent überdurchschnittlich hoch.

Grafik 7 Nicht-sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Geschlecht und Alter (in % der abhängig Erwerbstätigengruppen)



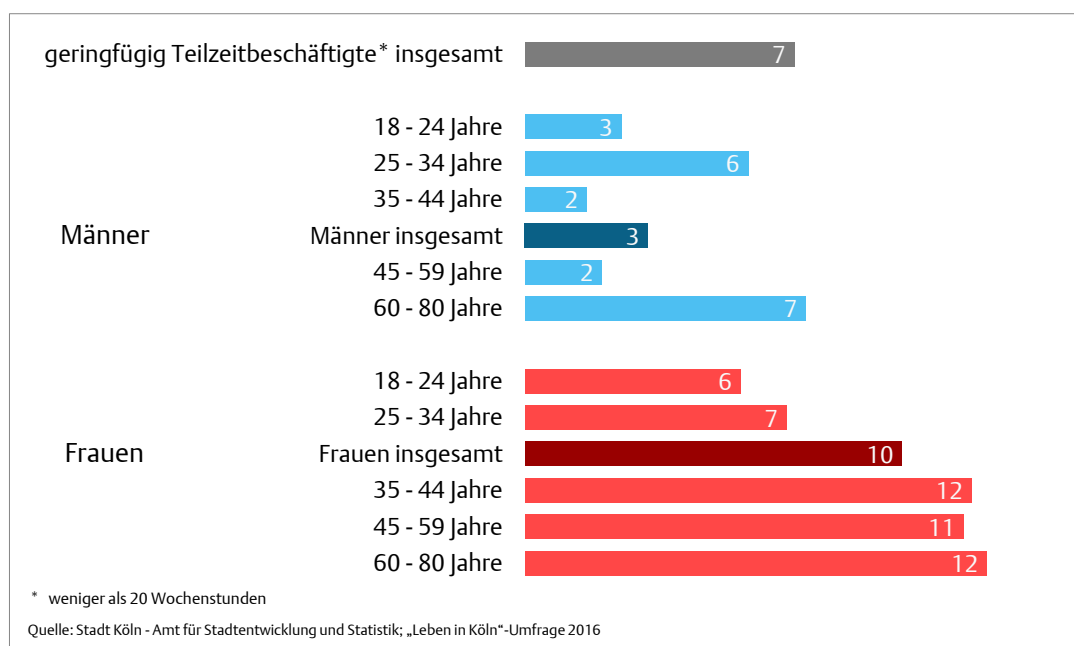
Geringfügige Teilzeitbeschäftigung

Geringfügige Teilzeit bei Frauen dreimal so häufig wie bei Männern

Es sind vor allem Frauen, die weniger als 20 Wochenstunden arbeiten. Während nur drei Prozent der Männer einer solchen geringfügigen Teilzeitbeschäftigung nachgeht, ist dieser Anteil bei Frauen mit zehn Prozent dreimal so hoch (siehe Grafik 8).

Während maximal sieben Prozent der Frauen unter 35 Jahren einer geringfügigen Teilzeitbeschäftigung nachgehen, schnellst dieser Anteil bei der Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen auf knapp das Doppelte an (auf 12%) an – ein Indiz dafür, dass hier Teilzeit mit Familiengründung zusammenfällt. Dieser Anteil bleibt auch bei den älteren Altersgruppen unverändert. Die sich hier offenbarenden Teilzeitquoten von Frauen haben Konsequenzen für das Rentenniveau.

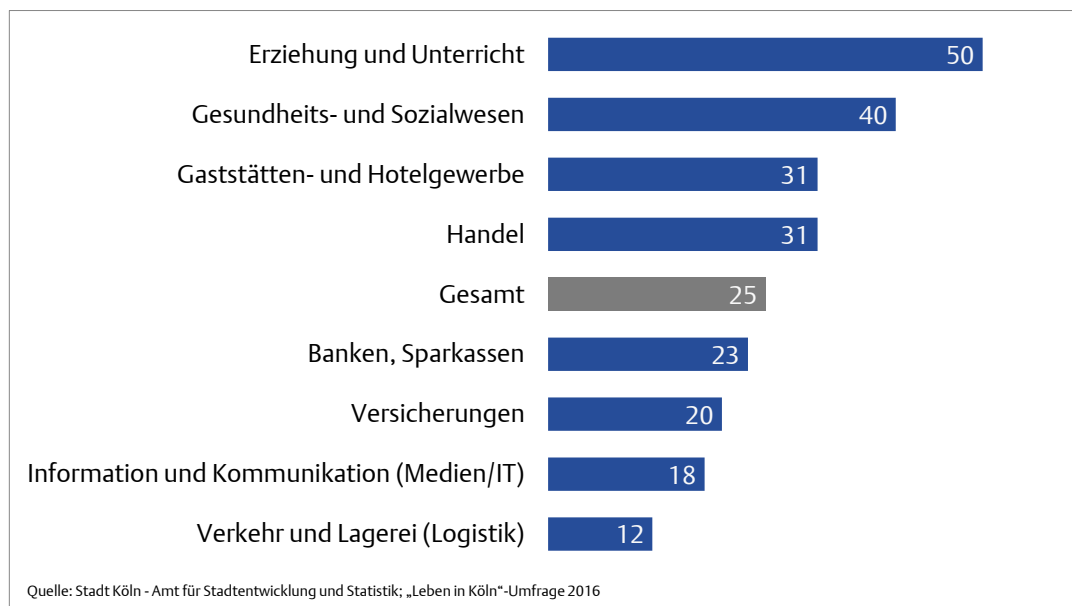
Grafik 8 Geringfügig Teilzeitbeschäftigte mit weniger als 20 Wochenstunden nach Geschlecht und Alter (in % der Erwerbstätigengruppen)



Geringfügige Teilzeit im Bildungs- sowie Gesundheits- und Sozialbereich überdurchschnittlich häufig

Die höchsten Anteile geringfügig Teilzeitbeschäftigter finden sich in den Bereichen Erziehung und Unterricht (50%) sowie im Gesundheitswesen (40%). Auch die Beschäftigten im Gaststätten-/Hotelgewerbe sowie im Handel sind überdurchschnittlich häufig in Teilzeit tätig.

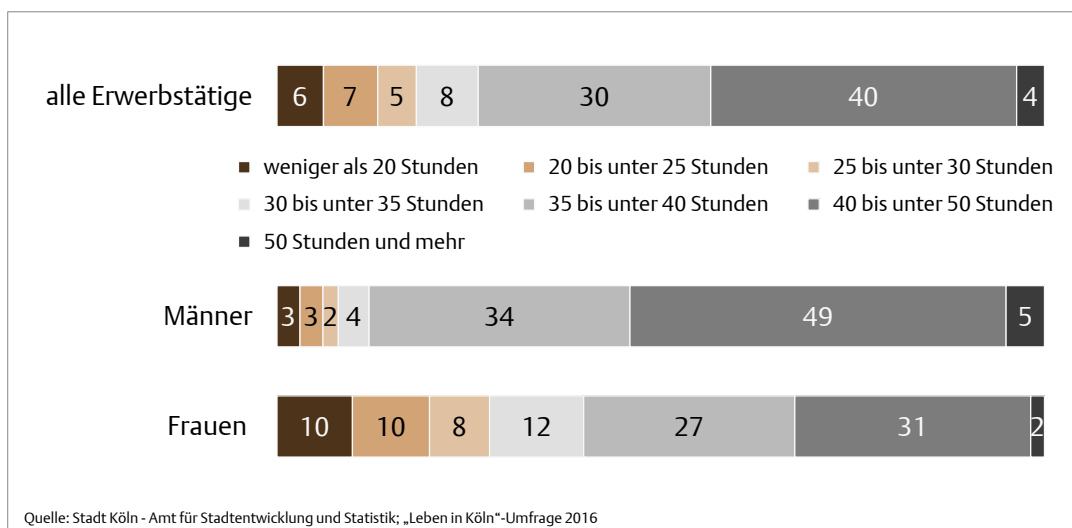
Grafik 9 Geringfügig Teilzeitbeschäftigte mit weniger als 20 Wochenstunden in ausgewählten Branchen (in % der Erwerbstätigen)



Frauen arbeiten fast viermal häufiger in Teilzeit als Männer

Teilzeitbeschäftigung ist mehrheitlich ein Frauenphänomen. Während nur acht Prozent der Männer einer Teilzeittätigkeit von maximal 30 Wochenstunden nachgehen, tut dies mit einem Anteil von 28 Prozent mehr als ein Viertel aller erwerbstätigen Frauen.

Grafik 10 Arbeitsstunden pro Woche nach Geschlecht (in % der Erwerbstätigengruppen)

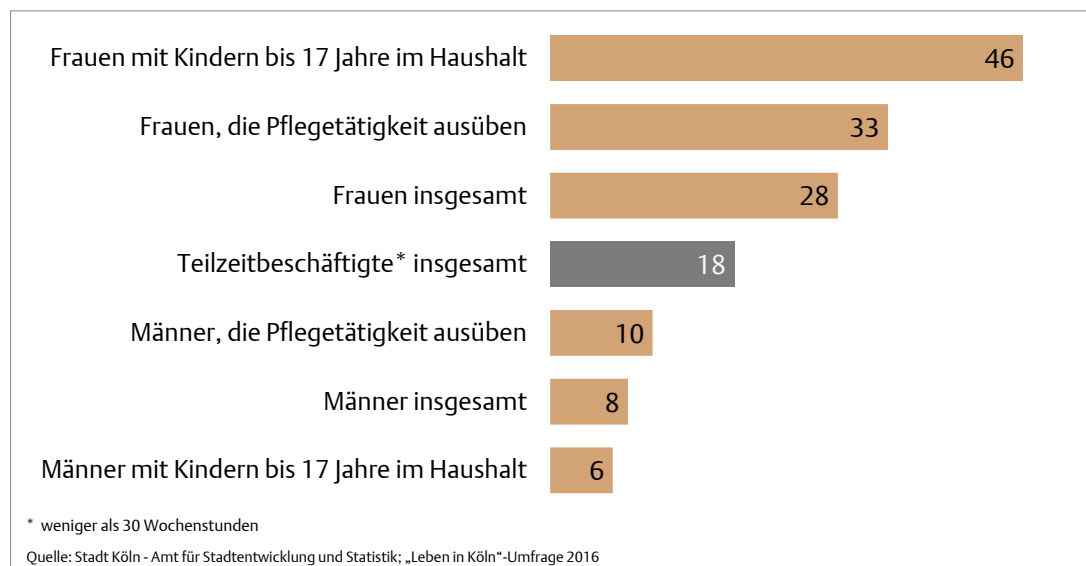


Mit einer Teilzeittätigkeit können bestimmte Lebenssituationen überbrückt werden. Viele üben eine Arbeitszeitreduzierung auf weniger als 30 Wochenstunden aus, um beispielsweise eine Doppelbelastung durch Kinderziehung oder die Pflege Angehöriger abzufedern.

Wie sehr es gerade die Frauen sind, die auf dieses Arbeitszeitmodell zurückgreifen, um vor allem eine Doppelbelastung abzufedern, verdeutlicht Grafik 11. So arbeitet knapp die Hälfte (46%) der erwerbstätigen Frauen mit einem oder mehreren minderjährigen Kindern im Haushalt in einem Teilzeitarbeitsverhältnis. Bei den erwerbstätigen Familienvätern tun dies gerade einmal sechs Prozent.

Auch bei aktuellen Pflegenotwendigkeiten sind es vorwiegend die Frauen, die ihre Arbeitszeit auf unter 30 Stunden reduzieren (33%). Bei den Männern mit Pflegeaufgaben liegt dieser Anteil bei zehn Prozent.

Grafik 11 Teilzeittätigkeit von weniger als 30 Wochenstunden
(in % der Erwerbstätigengruppen)



2.2 Wirtschaftliche Lage der Kölner Bevölkerung

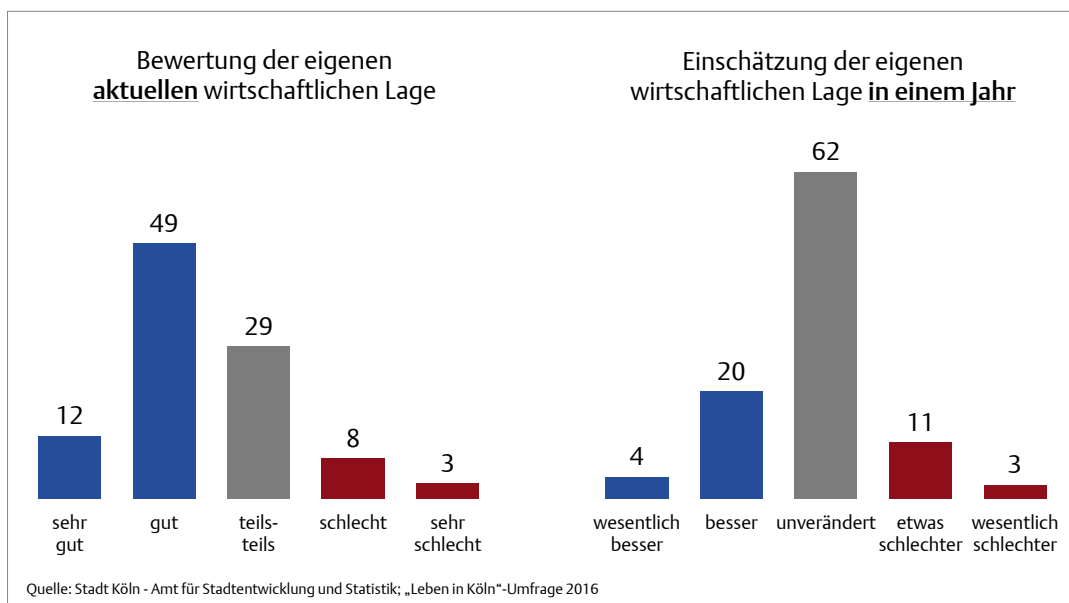
Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage

Rund 60 Prozent der befragten Kölnerinnen und Kölner beurteilen ihre aktuelle wirtschaftliche Lage positiv

Sechs von zehn Befragten (61%) bewerten ihre aktuelle wirtschaftliche Lage als „gut“ (49%) oder sogar „sehr gut“ (12%). Etwa jede/r Zehnte (11%) bezeichnet sie hingegen als „schlecht“ oder „sehr schlecht“.

Gefragt danach, wie man die eigene wirtschaftliche Lage in einem Jahr einschätzen würde, meinen knapp zwei Drittel der Befragten (62%), dass sich für sie nichts ändern wird, dass ihre wirtschaftliche Lage unverändert bleiben wird. Dass es ihnen in einem Jahr hingegen besser gehen wird als heute, meint knapp ein Viertel (24%) und an eine Verschlechterung glauben insgesamt 14 Prozent.

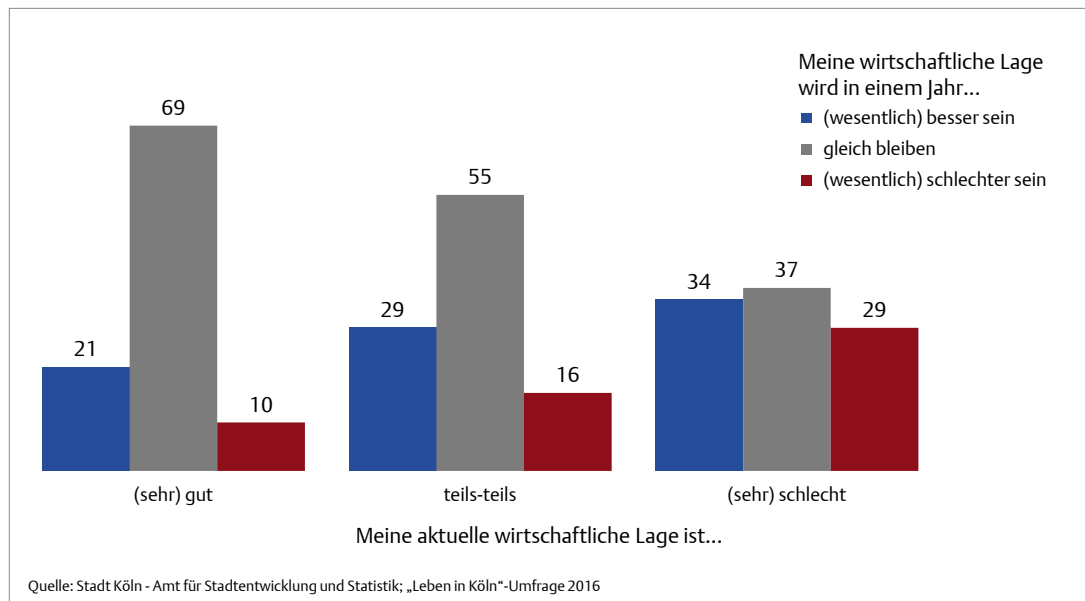
Grafik 12 Eigene wirtschaftliche Lage aktuell und in einem Jahr (in % der Befragten)



Die Befragten gehen also mehrheitlich davon aus, dass ihre wirtschaftliche Situation sich zumindest in naher Zukunft nicht ändern wird. Von einer derart stabil bleibenden Lage gehen noch am ehesten diejenigen aus, die ihre aktuelle wirtschaftliche Lage aktuell positiv beurteilen. Zwei Drittel (69%) sind der Meinung, dass dies auch in einem Jahr noch so sein wird (siehe Grafik 13). Ähnlich verhält es sich bei denjenigen, die ihre aktuelle Lage ambivalent („teils-teils“) bewerten: Hier meint jeweils immer noch mehr als die Hälfte, dass dies auch in einem Jahr noch so sein wird.

Beide Gruppen schauen zudem mit Werten zwischen 21 und 29 Prozent nicht so positiv in die nahe Zukunft wie diejenigen, die sich selbst aktuell eine schlechte wirtschaftliche Lage bescheinigen. Diese gehen stärker als die anderen davon aus, dass sich ihre Lage in einem Jahr geändert haben wird: Während nur ein Drittel sich in einem Jahr in derselben Situation sieht, schauen die anderen zwei Drittel zu ähnlichen Anteilen entweder positiv in die nahe Zukunft (34%) oder sehen sich sogar in einer noch schlechteren Lage als heute (29%).

Grafik 13 Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage in einem Jahr
(in % der Befragten)

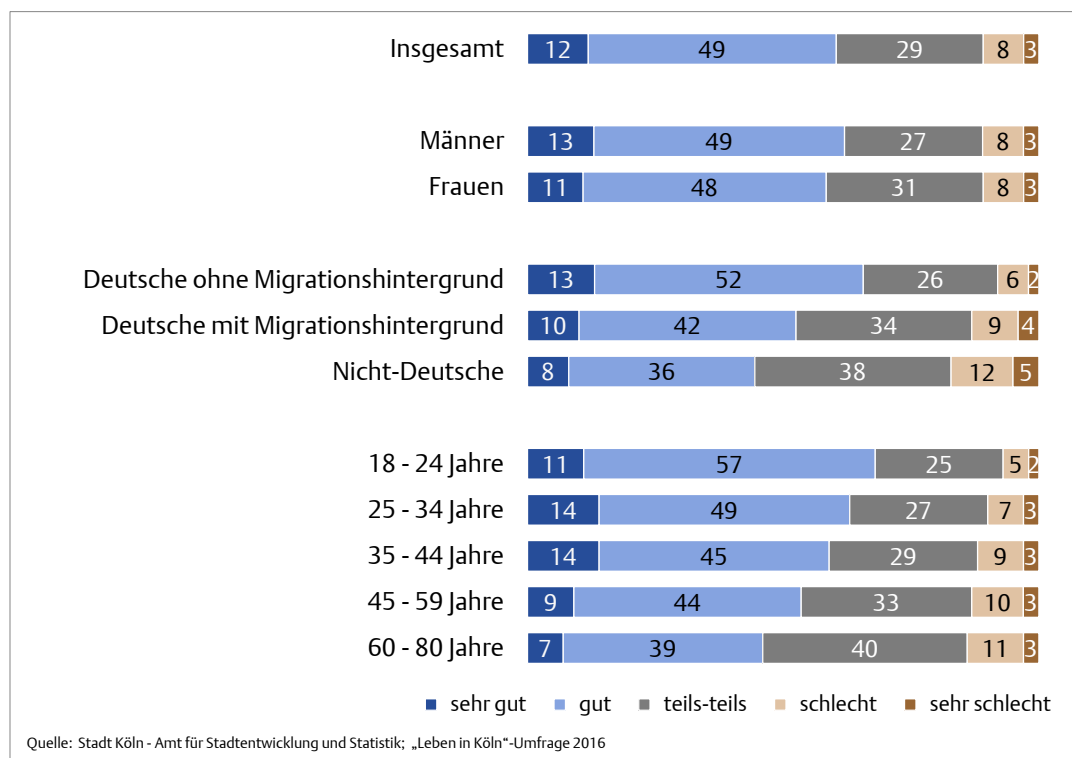


Befragte mit Migrationshintergrund beurteilen ihre eigene wirtschaftliche Situation nicht so gut wie diejenigen ohne Migrationshintergrund: Zusammengerechnet bewertet knapp die Hälfte (47%) von ihnen die eigene wirtschaftliche Lage positiv (also „sehr gut“ oder „gut“). Von den Personen ohne Migrationshintergrund sind es hingegen zwei Drittel (65%), die ihre wirtschaftliche Lage positiv einschätzen (siehe Grafik 14).

Wie nicht anders zu erwarten, beurteilten die Erwerbstätigen ihre derzeitige wirtschaftliche Situation am positivsten: Knapp zwei Drittel (63%) teilen eine positive Einschätzung, während nur acht Prozent ihre momentane wirtschaftliche Lage mit "schlecht" beziehungsweise "sehr schlecht" beurteilen.

Elf Prozent der Kölnerinnen und Kölner beurteilen ihre wirtschaftliche Lage als „schlecht“ oder sogar „sehr schlecht“ – Ältere mehr als Jüngere, Menschen mit Migrationshintergrund ebenfalls mehr als Deutsche ohne Migrationshintergrund.

Grafik 14 Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage nach Bevölkerungsgruppen (in % der Befragtengruppen)



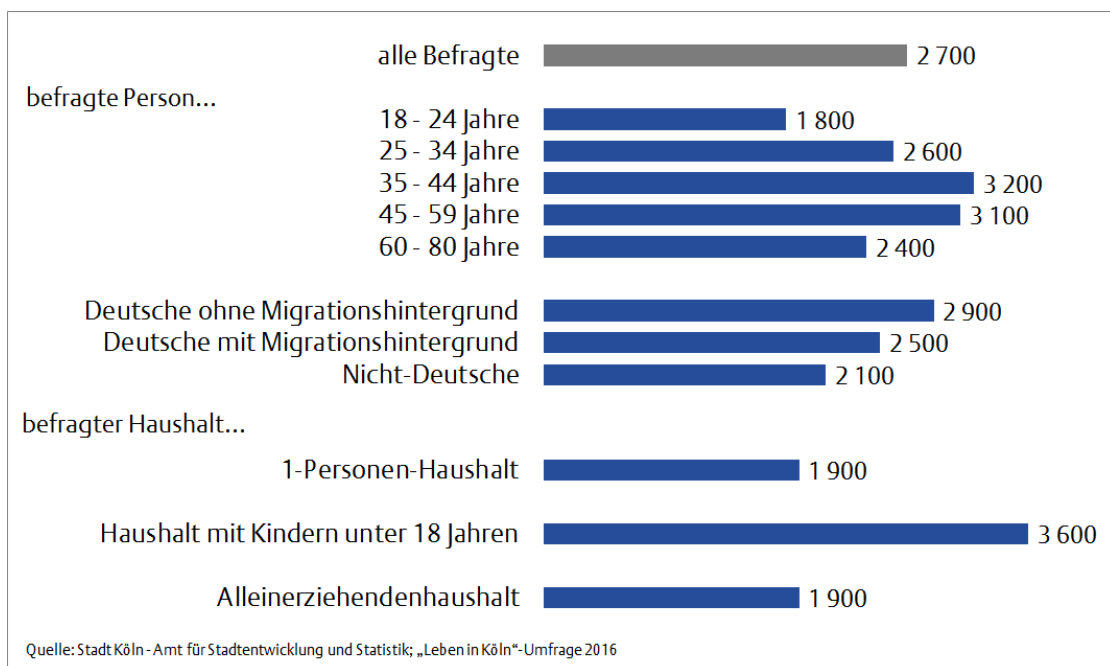
Monatliches Haushalteinkommen

Deutliche Unterschiede beim Haushaltseinkommen

Ein Kölner Haushalt hat im Durchschnitt – nach Abzug aller Steuern und Sozialabgaben – 2 700 Euro pro Monat zur Verfügung. Die Höhe ist nicht bei allen Haushalten gleich. Haushalte mit Kindern haben beispielsweise im Durchschnitt 3 600 Euro zur Verfügung, der durchschnittliche Alleinerziehenden-Haushalt verfügt über nur 1 900 Euro pro Monat.

Das höchste Haushaltsnettoeinkommen findet sich bei Menschen im mittleren Alter (siehe Grafik 15). Mit einem durchschnittlichen Einkommen von über 3 000 Euro verfügen sie über mehr finanzielle Mittel als jüngere Menschen oder Menschen, die sich im Ruhestand befinden oder kurz davor stehen. Deutsche ohne Migrationshintergrund haben im Durchschnitt 2 900 Euro zur Verfügung, Deutsche mit Migrationshintergrund 2 500 Euro und Befragte ausländischer Nationalität 2 100 Euro.

Grafik 15 Monatliches Haushaltsnettoeinkommen nach Person und Haushaltstyp (in Euro)



Armutsgefährdung

Armutsgefährdung – Definition und Berechnung

Armutsgefährdet ist nach der hier zugrunde gelegten europaweit verwendeten OECD-Definition, wer ein „verfügbares Einkommen von weniger als 60 Prozent des Einkommensmedians hat“ (= Armutsrisikoschwelle). Als Einkommen gilt hier nicht das reine Erwerbseinkommen, sondern die Summe aller Einkünfte des Haushaltes, die nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben übrig bleiben.

Zur Berechnung der Armutsgefährdung wird das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen (Nettoäquivalenzeinkommen) herangezogen: Hierbei wird berücksichtigt, dass Mehrpersonenhaushalte im Gegensatz zu Einpersonenhaushalten durch gemeinsames Wirtschaften Einspareffekte erzielen. Um Haushalte unterschiedlicher Größe miteinander vergleichen zu können, also zum Beispiel eine kinderreiche Familie mit einem Alleinstehenden, wird das Haushaltsnettoeinkommen nicht einfach durch die Zahl der Haushaltsmitglieder geteilt, sondern durch einen geringeren Wert.

Zugrunde gelegt wird bei der vorliegenden Berechnung die neue OECD-Skala, die höhere Kostenersparnisse in Mehrpersonenhaushalten unterstellt – wobei bei Kindern im Alter von unter 14 Jahren ein geringerer Bedarf angenommen wird als bei Erwachsenen. Daher werden für die weiteren Haushaltsmitglieder niedrigere Faktoren angesetzt (0,5 für weitere Personen im Alter von 14 und mehr Jahren und 0,3 für weitere Personen im Alter von unter 14 Jahren).

Um die höheren Lebenshaltungskosten in einer Großstadt wie Köln mit einzubeziehen, wurde zur Ermittlung der Armutsgefährdung nicht der Medianwert des Bundes (1 615 Euro (Destatis)) oder des Landes NRW (1 577 Euro (it.nrw)) zugrunde gelegt, sondern der für Köln ermittelte Median: Dieser lag zum Befragungszeitpunkt 2016 bei 1 780 Euro und damit deutlich höher. Demnach gilt in Köln als armutsgefährdet, wer ein monatliches, äquivalenz gewichtetes Pro-Kopf-Nettoeinkommen von weniger als 60 Prozent dieser 1 780 Euro hat. Der Schwellenwert zur Armutsgefährdung liegt demnach in Köln bei 1 066 Euro.

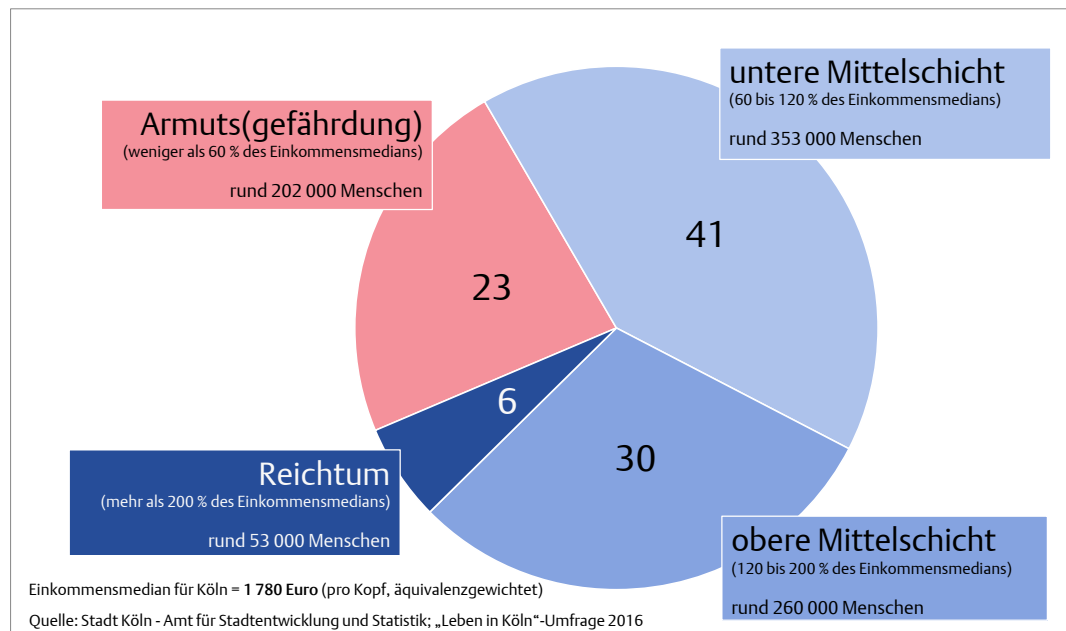
*Median: Zentralwert in der Statistik. Hier unterteilt er die Bevölkerung – sortiert nach ihren Einkommensverhältnissen – in zwei gleichgroße Gruppen: 50 Prozent liegen oberhalb des Medians, 50 Prozent darunter.

Knapp ein Viertel der Kölner Bevölkerung ist armutsgefährdet

Knapp drei Viertel (71%) der Kölner Bevölkerung gehören – gemessen an ihren Einkommensverhältnissen – zur Mittelschicht. Sechs Prozent haben mehr als 200 Prozent des Kölner Einkommensmedians zur Verfügung und können somit als reich bezeichnet werden.

Knapp ein Viertel (23%) der Kölnerinnen und Kölner verfügen hingegen über ein monatliches Pro-Kopf-Nettoeinkommen von weniger als 1 066 Euro (weniger als 60% des Einkommensmedians, siehe vorangegangenen Wissenskasten) und gelten damit – gemessen an den Kölner Einkommensverhältnissen – als armutsgefährdet (siehe Grafik 16).

Grafik 16 Armutsgefährdung in der Kölner Bevölkerung – Hochrechnung

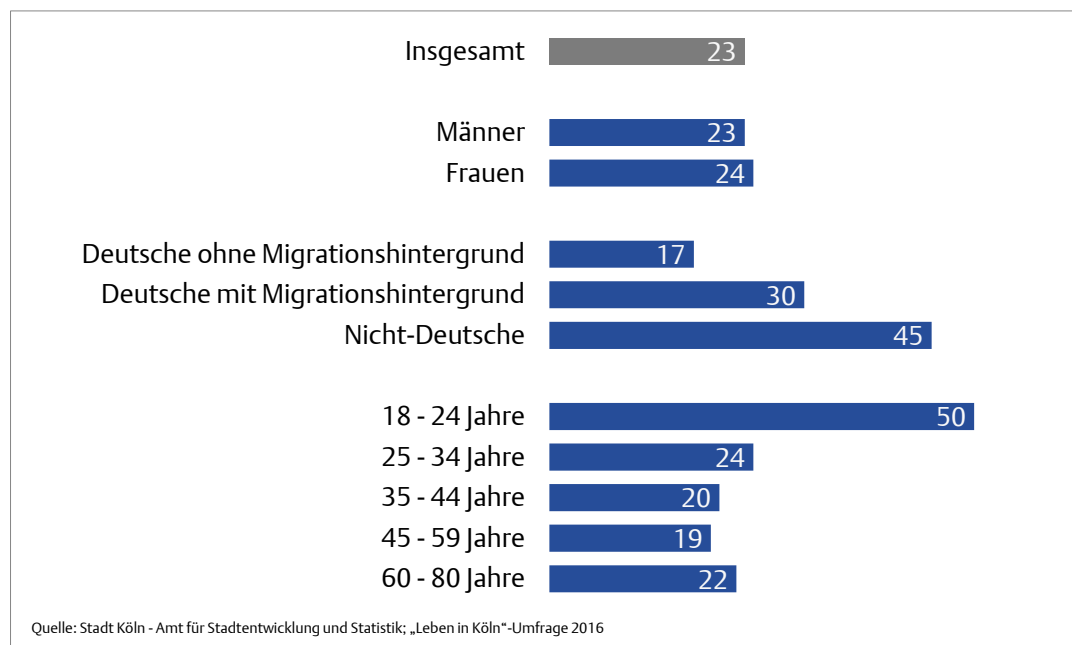


Junge Menschen sowie Menschen mit Migrationshintergrund haben ein besonders hohes Risiko, in Armut zu geraten

Menschen ausländischer Nationalität verfügen mehr als doppelt so häufig wie der Durchschnitt über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen unterhalb der Armutsgrenze (45%).

Bei den Jüngeren unter 25 Jahren liegt jede/r Zweite mit dem monatlichen Pro-Kopf-Nettoeinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze (siehe Grafik 17).

Grafik 17 Anteile armutsgefährdeter Kölnerinnen und Kölner (in % der Befragten Gruppen)



Kinder in Großfamilien und Alleinerziehenden-Haushalten haben ein deutlich höheres Armutsrisiko

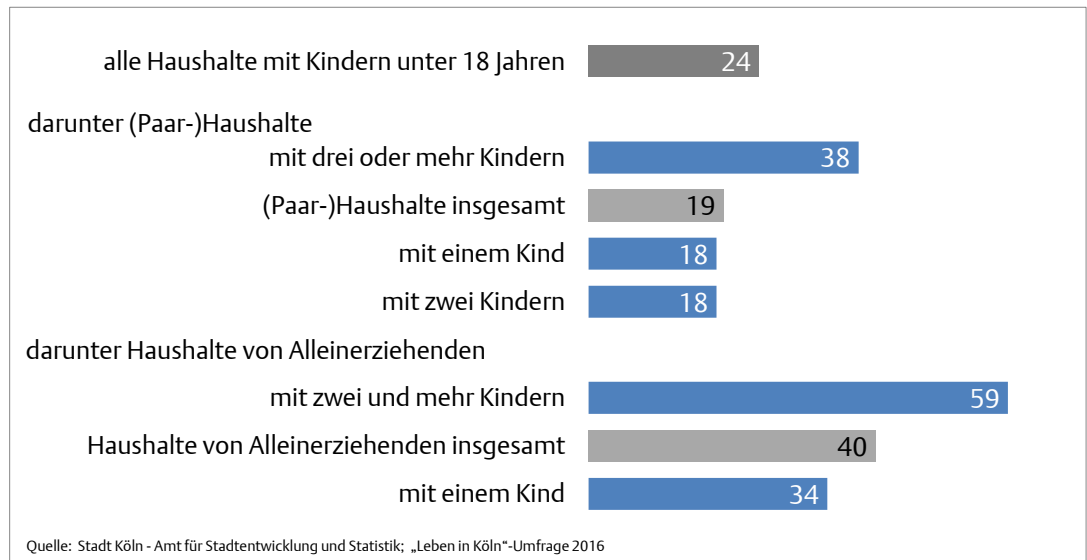
24 Prozent der Kölner Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren sind von Armut bedroht. Mit anderen Worten: Ein Viertel der Kölner Familienhaushalte verfügt über ein Pro-Kopf-Einkommen, das unterhalb des für Köln geltenden Schwellenwertes von 1 066 Euro monatlich liegt (siehe hierzu Wissenskasten auf Seite 19).

Am stärksten von Armut gefährdet sind Haushalte von Alleinerziehenden: Vier von zehn Alleinerziehenden-Haushalte (40%) in Köln sind armutsgefährdet. Hier steigt das Armutsrisiko mit der Zahl der Kinder: Während jeder dritte Haushalt (34%) eines alleinerziehenden Elternteils mit einem Kind von Armut bedroht ist, trifft dieser Umstand auf knapp 60 Prozent der Haushalte von Alleinerziehenden mit zwei oder mehr Kindern zu.

Dies ist nicht zuletzt durch die geringeren zeitlichen Arbeitsmöglichkeiten Alleinerziehender zu erklären, die mit jedem zusätzlichen Kind, das es zu betreuen gilt, eingeschränkter sind. Ob Männer oder Frauen alleinerziehend sind, macht einen wesentlichen Unterschied: Von den alleinerziehenden Frauen sind 42 Prozent armutsgefährdet, bei den alleinerziehenden Männern sind hingegen nur drei von zehn armutsgefährdet (31%).

Von den übrigen Haushalten mit Kindern – in der Regel Paarhaushalte – ist etwa ein Fünftel (19%) von Armut bedroht: Haushalte mit einem oder zwei Kindern haben in Köln ein etwas geringeres Armutsrisiko (18%) als Haushalte mit drei oder mehr Kindern (38%).

Grafik 18 Armutsgefährdung Kölner Familienhaushalte (in % der Haushaltstypen)



Rund 46 000 Kinder und Jugendliche von Armut bedroht

Rechnet man die Anteile der Kinder unter 18 Jahren in den von Armut betroffenen Haushalten auf die insgesamt knapp 168 000 Kinder in den Kölner Familien hoch, so leben in Köln insgesamt rund 46 000 armutsgefährdete Kinder und Jugendliche.

Jede/r sechste Erwerbstätige von Armut bedroht

„Arm trotz Arbeit“ – dies trifft laut der „Leben in Köln“-Umfrage auf 16 Prozent der erwerbstätigen Menschen zu. (Fach)Arbeiterinnen und -arbeiter haben von allen Beschäftigten das höchste Risiko, trotz Erwerbstätigkeit in Armut zu geraten: Knapp ein Drittel von ihnen befindet sich mit dem zur Verfügung stehenden Haushaltseinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze. Beamte haben hingegen das geringste Armutsrisiko (siehe Grafik 19).

Sieben von zehn Arbeitslosen sind armutsgefährdet

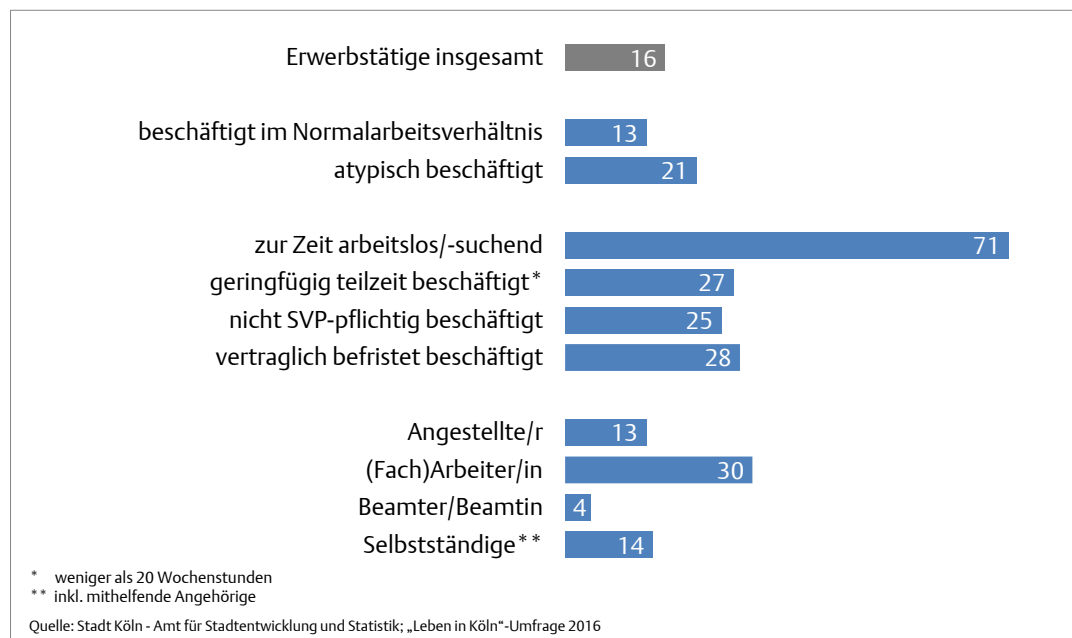
Arbeitslose/arbeitssuchende Menschen haben das höchste Armutsrisiko: 71 Prozent der befragten Kölnerinnen und Kölner, die angaben, zur Zeit arbeitslos beziehungsweise arbeitssuchend zu sein, sind von Armut gefährdet.

Atypische Beschäftigung birgt ein hohes Risiko für Armutsgefährdung

Unterbrochene Erwerbsbiographien, Reduzierung der Arbeitszeit, Zunahme von Beschäftigungen im Niedriglohnssektor (also Minijobs oder Leiharbeit) – all diese Phänomene sind mehr oder weniger mit finanziellen Risiken verbunden. Beschäftigte im Niedriglohnssektor oder mit oftmals erzwungener Teilzeittätigkeit (beispielsweise im Rahmen der Kindererziehung oder der Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger) haben ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko. Mittel- bis langfristig mindert atypische Beschäftigung zudem die Rentenerwartung: Dauert die atypische Beschäftigung an, droht Altersarmut.

Atypisch Beschäftigte haben ein deutlich höheres Risiko (21%), in Armut zu geraten, als Beschäftigte in einem Normalarbeitsverhältnis: Von ihnen sind 13 Prozent von Armut bedroht.

Grafik 19 Armutsgefährdung bei Erwerbstätigen (in % der Befragtengruppe)

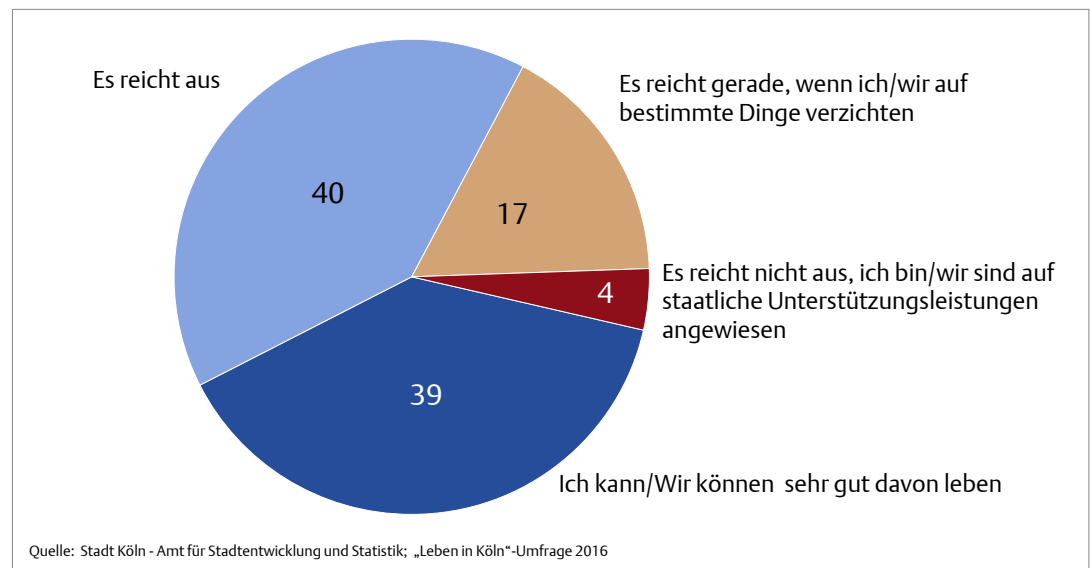


Rücklagen für das Alter

Ein Fünftel der Kölner Bevölkerung kommt mit dem verfügbaren Haushaltseinkommen nicht aus

39 Prozent der befragten Kölnerinnen und Kölner meinen derzeit, dass sie von ihrem Haushaltseinkommen sehr gut leben können, weitere 40 Prozent meinen, dass es ausreicht. Bei 17 Prozent reicht das Haushaltseinkommen nur aus, wenn sie auf Dinge verzichten und vier Prozent sagen, dass das Geld nicht ausreicht.

Grafik 20 Auskommen mit dem Haushaltseinkommen (in % der Befragten)



Jede/r Sechste meint, mit der Altersrente nicht auskommen zu können

Für einen großen Teil der Befragten scheint gewiss, dass sie diese vergleichsweise positive Einschätzung kaum oder gar nicht ins Alter mitnehmen werden. 17 Prozent aller Befragten gaben an, dass das ihnen im Alter zur Verfügung stehende Geld voraussichtlich nicht ausreichen wird und 41 Prozent meinen, dass es gerade einmal so reichen wird.

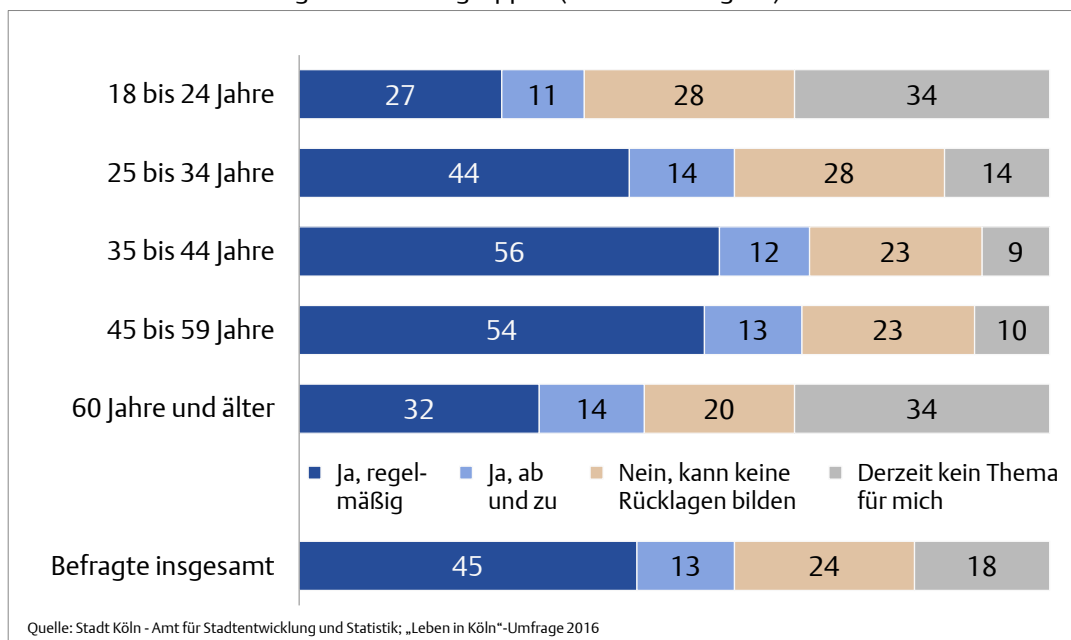
Ein Viertel der Kölnerinnen und Kölner kann derzeit kein Geld für das Alter zurücklegen

Knapp die Hälfte (45%) der Kölner Bevölkerung legt nach eigenen Angaben regelmäßig Geld für das Alter zurück, weitere 13 Prozent tun dies ab und zu. Ein Viertel (24%) gab an, keine Rücklagen bilden zu können.

Für knapp ein Fünftel (18%) der Kölnerinnen und Kölner ist die Altersvorsorge derzeit kein Thema: Dies sind überdurchschnittlich häufig jüngere im Alter bis 24 Jahre.

Etwas mehr als die Hälfte der 35- bis 59-Jährigen legt regelmäßig Geld für das Alter zurück – Altersvorsorge wird demnach schwerpunktmäßig im mittleren Alter geleistet, also dann, wenn finanzielle Mittel – in der Regel durch eine Erwerbstätigkeit – in höherem Umfang zur Verfügung stehen (siehe Grafik 21).

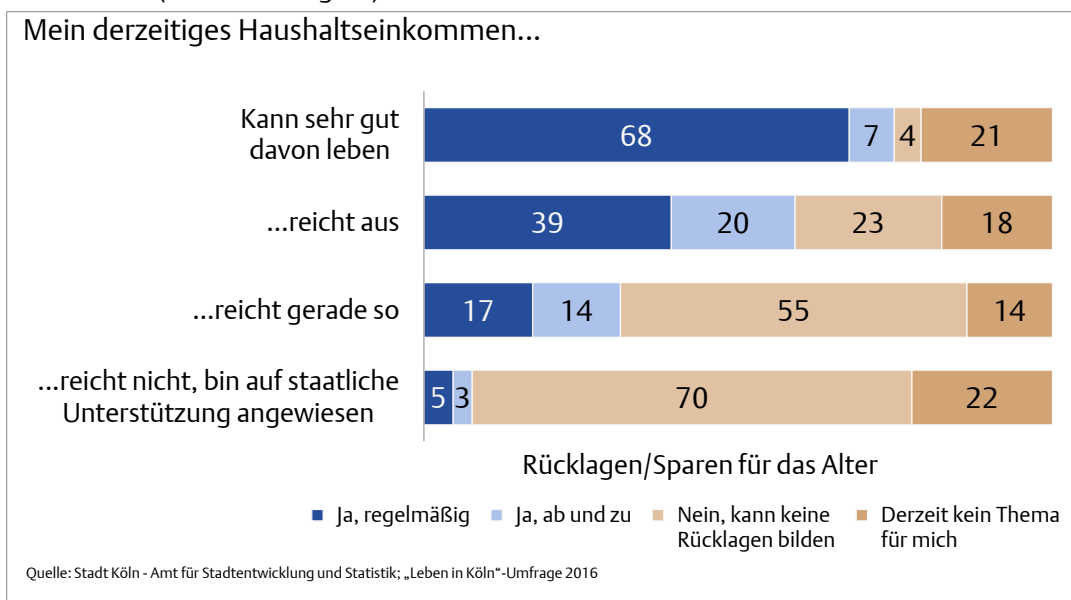
Grafik 21 Altersvorsorge nach Altersgruppen (in % der Befragten)



So ist es auch nicht verwunderlich, dass zwei Drittel (68%) derjenigen, die derzeit mit ihrem Haushaltseinkommen nach eigenem Bekunden sehr gut zurecht kommen, regelmäßig Geld für das Alter ansparen können.

Nur maximal ein Drittel (31%) derjenigen, bei denen das Haushaltseinkommen gerade so ausreicht, kann Geld zurücklegen. Von den Befragten, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, kann dies nur jede/r Zwölfte (zusammengerechnet 8%).

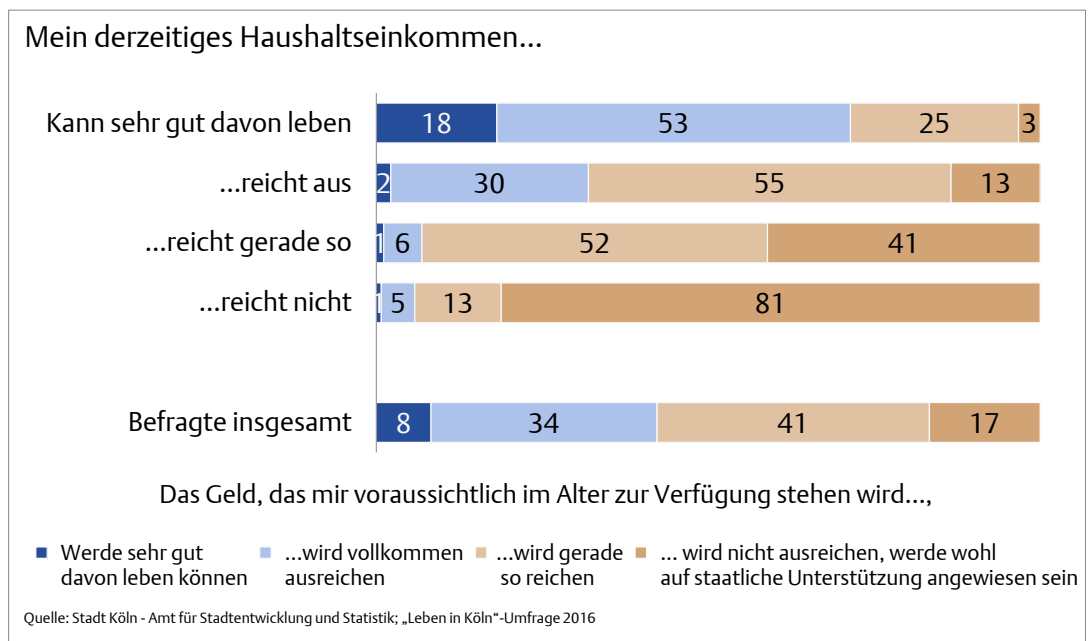
Grafik 22 Rücklagen für das Alter unterschieden danach, ob das Einkommen ausreicht (in % der Befragten)



Menschen, denen es aktuell finanziell gut geht, wird es vermutlich auch im Alter gut gehen

In der Folge schaut ein Großteil der Befragten pessimistisch auf die finanziellen Verhältnisse im Alter. Je schlechter das derzeitige Haushaltseinkommen bewertet wird und je weniger man demnach beiseite legen kann, desto pessimistischer schaut man auch in die Zukunft.

Grafik 23 Einschätzung, ob das Geld im Alter ausreicht nach derzeitigen Haushaltseinkommen (in % der Befragten)



Bei etwa der Hälfte derjenigen, bei denen das aktuelle Haushaltseinkommen ausreicht oder gerade noch ausreicht (55% beziehungsweise 52%) wird sich nach derzeitiger Einschätzung auch im Alter nicht viel daran ändern: Das Geld wird ihrer Meinung nach gerade so reichen. Acht von zehn Befragte (81%), deren aktuelles Geld nicht ausreicht, befürchten, im Alter auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein.

Befragte, die nach eigenen Angaben sehr gut von ihrem derzeitigen Haushaltseinkommen leben können, also Geld für das Alter beiseite legen können, sehen deutlich optimistischer in ihre Alterszukunft: Annähernd drei Viertel (71%) von ihnen meinen, dass die finanziellen Mittel, die ihnen im Alter voraussichtlich zur Verfügung stehen werden, vollkommen ausreichen oder sie sogar sehr gut davon werden leben können.

Ein hohes Einkommen wird nicht zwingend im Alter angenommen: Lediglich 18 Prozent derjenigen, die aktuell sehr gut von ihrem derzeitigen Haushaltseinkommen leben können, glauben auch im Alter sehr gut von ihrem zu erwartenden Einkommen leben zu können.

3. Zusammenfassung und Ausblick

Auch wenn 80 Prozent der Kölnerinnen und Kölner zwischen 18 und 80 Jahren erwerbstätig sind und dies mehrheitlich sozialversicherungspflichtig, so arbeitet dennoch ein Fünftel der Erwerbstätigen in einem Beschäftigtenverhältnis, das tendenziell nicht ausreicht, um davon dauerhaft auskömmlich leben zu können. Das sogenannte "Normalarbeitsverhältnis" – Vollzeit, unbefristet sowie sozialversicherungspflichtig beschäftigt – ist in den letzten 20 Jahren zugunsten anderer Erwerbsformen zurückgegangen. In Köln sind hochgerechnet rund 109 000 Kölner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in irgendeiner Form atypisch beschäftigt – überdurchschnittlich davon betroffen sind Frauen, junge Erwerbstätige sowie Menschen mit Migrationshintergrund.

Teilzeitarbeit stellt die häufigste, vor allem von Frauen ausgeübte Erwerbsform dar. Dies gilt vor allem für Frauen ab Anfang 30, einem Alter, in dem die Betreuung der Kinder oder der pflegebedürftigen Eltern oftmals keine Vollarbeit zulassen. Befristung hingegen – wie auch fehlende Sozialversicherungspflicht – betrifft vor allem junge Menschen unter 25 Jahren, deren Berufseinstieg oftmals über atypische Beschäftigungsverhältnisse erfolgt.

Unabhängig davon, ob freiwillig gewählt oder nicht: Atypische Beschäftigungsverhältnisse sind mit finanzieller Unsicherheit verbunden. Mit einem unter dem Strich geringeren Erwerbseinkommen bei einer atypischen Beschäftigung ist oftmals nicht nur die aktuelle finanzielle Ausstattung beschränkt, sie begrenzt auch die Möglichkeit, Geld für das Alter zurückzulegen. Insgesamt kann ein Viertel der Kölnerinnen und Kölner derzeit kein Geld für das Alter zurücklegen. Angesichts des Rentenniveaus rückt damit das Thema „zunehmende Altersarmut“ stärker in den Fokus: Jede/r sechste Befragte meint, dass er oder sie mit der Altersrente wohl nicht auskommen wird. Aber bereits jetzt kommt ein Fünftel der Kölner Bevölkerung mit dem verfügbaren Haushaltseinkommen nicht aus. Ein Viertel der Kölner Bevölkerung lebt am Rande der Armut, Minderjährige haben dabei ein höheres Armutsrisiko: In Köln sind dies hochgerechnet rund 46 000 Kinder und Jugendliche.

Die absehbare Zunahme der Kosten für soziale Leistungen – wie unter anderem die der Grundsicherung im Alter – stellt die Kommunen in Zukunft vor große finanzielle Probleme und zeigt Handlungsbedarfe auf. Diese Handlungsbedarfe soll der vom Rat beauftragte „Lebenslagenbericht“ spezifizieren, der von der Verwaltung derzeit erarbeitet wird. Köln versucht, durch geeignete Maßnahmen verstärkt die Bildungsteilnahme und Steigerung der Erwerbsbeteiligung die Entstehung von Altersarmut zu

bekämpfen. Ihre Einflussnahme auf die mitten im Erwerbsleben Stehenden ist allerdings gering. Nicht zuletzt mit dem Programm "Starke Veedel – Starkes Köln" entwickelt die Stadt Köln in elf Sozialräumen angepasste Angebote, die von präventiven Angeboten im sozialen Bereich und im Bildungsbereich, über die Stärkung der lokalen Wirtschaft, Aufwertungen im Wohnumfeld, Veränderungen im öffentlichen Raum bis hin zur Verbesserung der Umweltbedingungen reichen.

„Leben in Köln“-Umfrage 2016 – Methodik

Die Grundgesamtheit der Befragung sind deutsche und ausländische Personen zwischen 18 und 80 Jahren mit Haupt- oder Nebenwohnsitz in Köln. Diese Gruppe umfasste zum Befragungszeitraum rund 878 000 Personen. Für die „Leben in Köln“-Umfrage 2016 wurden aus dieser Personengruppe 64 000 Personen per Zufallsverfahren¹ aus dem Kölner Melderegister ausgewählt – das entspricht einem Anteil von 7,3 Prozent.

Diese 64 000 Kölnerinnen und Kölner erhielten im Herbst 2016 ein Anschreiben der Oberbürgermeisterin Henriette Reker, gemeinsam mit einem 16-seitigen Fragebogen sowie einem Freiumschlag.

Die Befragung wurde in zwei Befragungswellen durchgeführt:

- 1. Welle: 23.08. bis 30.09.2016 (48 013 Anschreiben)
- 2. Welle: 22.10. bis .18.11.2016 (16 015 Anschreiben)

Grundgesamtheit

(Wohnbevölkerung im Alter zwischen 18 und 80 Jahren)

878 000

	1. Welle	2. Welle	Gesamt
Brutto-Stichprobe	48 013	16 015	64 028
abzüglich „nicht Zustellbare“ (= verzogen, verstorben) ²	600	400	1 000
= bereinigte Brutto-Stichprobe	47 400	15 600	63 000
Netto-Stichprobe (Rücklauf absolut)	10 937	3 316	14 352
Rücklaufquote (Rücklauf in %)	23,1%	21,3%	22,8%

- Bei der Stichprobenziehung handelt es sich um eine geschichtete Zufallsauswahl: So wurden jene Stadtteile **überproportional** quotiert, in denen der Rücklauf bei den vergangenen „Leben in Köln“-Umfragen besonders gering war und hier auch dieses Mal mit einer geringeren Beteiligung (= Rücklaufquote) zu rechnen war. Durch dieses Verfahren wurden zudem ausländische Personen bei der Stichprobenziehung überquotiert, da ihr Anteil in den Stadtteilen mit geringer Beteiligung überdurchschnittlich ist.

Leichte Abweichungen zwischen der Befragtenstruktur und der Grundgesamtheit hinsichtlich der Altersstruktur wurden durch Gewichtungen im Datensatz nachträglich ausgeglichen. Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist – wie in annähernd allen freiwilligen Bevölkerungsumfragen – unterdurchschnittlich.

- Die Zustellung über Info-Post der Post AG beinhaltet keine Rücksendung im Falle einer Nicht-Zustellbarkeit. Daher wurde die Zahl der neutralen Ausfälle auf Basis der Wanderungs- und Sterbezahlen aus der Bevölkerungsstatistik geschätzt.

Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Willy-Brandt-Platz 2
50679 Köln

Tel: 02 21 / 221-21882
Fax: 02 21 / 221-21900 oder 28493

E-Mail: statistik@stadt-koeln.de
Internet: <http://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/statistik/>



Die Oberbürgermeisterin

Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

ISSN 2192 – 9726

© Nachdruck (auch auszugsweise) nur mit Quellenangabe

13/15/400/9.18